
Abfallentsorgungsreglement Gemeinde Schlierbach

Ausgabe vom 1. Januar 2026

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeines	3
Art. 1 Geltungsbereich	3
Art. 2 Zuständigkeit	3
Art. 3 Abfallarten, Definitionen	3
Art. 4 Ausgeschlossene Abfallarten	3
II. Aufgaben, Rechte und Pflichten	4
Art. 5 Aufgaben des GALL und der Gemeinde	4
Art. 6 Pflichten der Abfallinhaberinnen und -inhaber	4
Art. 7 Berechtigung	4
Art. 8 Sammelgebinde und Bereitstellung	4
III. Gebühren	5
Art. 9 Kostendeckung	5
Art. 10 Gebührenerhebung	5
Art. 11 Gebührenpflicht	5
Art. 12 Gebührenfestlegung	6
Art. 13 Fälligkeit	6
IV. Rechtsmittel	6
Art. 14 Veranlagungsentscheid	6
Art. 15 Verwaltungsgerichtsbeschwerde	6
V. Straf- und Schlussbestimmungen	6
Art. 16 Strafbestimmungen	6
Art. 17 Kontrollbefugnisse	6
Art. 18 Inkrafttreten	7

Die Einwohnergemeinde Schlierbach erlässt, gestützt auf § 23 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 30. März 1998 (EGUSG) und dem Reglement über die Abfallverwertung durch den Gemeindeverband für Abfallentsorgung Luzern-Landschaft (GALL) vom 01. Januar 2019, folgendes Reglement:

I. Allgemeines

Art. 1 Geltungsbereich

- ¹ Das Reglement regelt die kommunale Abfallbewirtschaftung in der Gemeinde Schlierbach.
- ² Es hat auf dem gesamten Gemeindegebiet Gültigkeit. Der Gemeinderat kann Ausnahmen bewilligen.
- ³ Das Reglement gilt für Inhaberinnen und Inhaber von Abfällen.

Art. 2 Zuständigkeit

- ¹ Die Entsorgung von Siedlungsabfällen ist Sache der Gemeinde, soweit diese Aufgabe nicht ganz oder teil-weise dem GALL oder anderen Körperschaften übertragen ist.
- ² Für den Vollzug dieses Reglements ist der Gemeinderat zuständig. Er erlässt eine Vollzugsverordnung.

Art. 3 Abfallarten, Definitionen

- ¹ Siedlungsabfälle sind die aus Haushalten stammenden Abfälle sowie Abfälle aus Industrie-, Gewerbe- und Landwirtschaftsbetrieben, die in ihrer stofflichen Zusammensetzung mit den Haushaltsabfällen vergleichbar sind. Als Siedlungsabfälle gelten insbesondere Hauskehricht, Haushalt-Sperrgut und Separatabfälle.
- a) Hauskehricht sind brennbare Siedlungsabfälle, deren Einzelbestandteile nicht verwertet werden können.
- b) Haushalt-Sperrgut ist Hauskehricht, der wegen seiner Abmessungen oder wegen seines Gewichtes nicht in die zulässigen Gebinde passt.
- c) Separatabfälle sind Abfälle, die ganz oder teilweise der Wiederverwendung, der Verwertung oder einer besonderen Behandlung zugeführt werden.
- ² Industrieabfälle oder Betriebsabfälle sind die aus Unternehmungen (Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe und Forstwirtschaft) stammenden Abfälle, welche hinsichtlich stofflicher Zusammensetzung weder Siedlungs- noch Sonderabfälle sind.
- ³ Sonderabfälle sind Abfälle aus Unternehmungen und Haushaltungen, die in der eidgenössischen Verordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVa) namentlich aufgeführt sind.

Art. 4 Ausgeschlossene Abfallarten

- ¹ Folgende Abfallarten werden von der ordentlichen Hauskehricht- und Sperrgutabfuhr ausgeschlossen:
- Elektronikgeräte, wie Fernseher, Radios oder Computer
 - Elektrogeräte, wie Mixer, Rasierapparate oder Staubsauger
 - Kühlgeräte wie Kühlschränke oder Tiefkühltruhen
 - Sonderabfälle wie Batterien, Leuchtstoffröhren, Energiesparlampen, Chemikalien oder Öle
 - ausgediente Strassenfahrzeuge und deren Bestandteile
 - Bauabfälle, Erde, Steine oder Schlamm
 - Tierkadaver, Metzgerei- und Schlachtabfälle
 - selbstentzündbare, explosive und radioaktive Stoffe

II. Aufgaben, Rechte und Pflichten

Art. 5 Aufgaben des GALL und der Gemeinde

- ¹ Der GALL organisiert die Entsorgung der Siedlungsabfälle. Davon ausgenommen ist die Entsorgung von Separatabfällen.
- ² Die Gemeinde organisiert einen Häckseldienst.
- ³ Die Gemeinde informiert die Bevölkerung über Massnahmen der kommunalen Abfallbewirtschaftung.
- ⁴ Die Gemeinde sorgt für zeitgemässe Angebote zur Separatsammlung.

Art. 6 Pflichten der Abfallinhaberinnen und -inhaber

- ¹ Hauskehricht und Haushalt-Sperrgut müssen der vom GALL organisierten Abfuhr übergeben werden.
- ² Separatabfälle sind getrennt zu sammeln und den dafür bezeichneten Sammelstellen oder Abfuhr zu übergeben, wenn sie nicht über den Handel entsorgt werden können. Sie dürfen nicht mit anderen Abfällen vermischt werden.
- ³ Industrie- oder Betriebsabfälle sind durch die Inhaberin oder den Inhaber auf eigene Kosten zu entsorgen. Sie dürfen den öffentlichen Abfuhr und Sammlungen nur mit Bewilligung des Vorstands des GALL (Abfuhr/Sammlungen für Hauskehricht/Haushalt-Sperrgut) oder des Gemeinderates (Abfuhr/Sammlungen Separatabfälle) übergeben werden.
- ⁴ Sonderabfälle aus Industrie- und Gewerbebetrieben sowie elektrische und elektronische Geräte sind durch die Inhaberin oder den Inhaber gemäss den eidgenössischen und kantonalen Vorschriften zu entsorgen.
- ⁵ Abfälle dürfen auch zerkleinert oder verdünnt nicht in die Kanalisation geleitet werden.
- ⁶ Invasive gebietsfremde Pflanzen (z. B. Neophyten) oder Teile davon müssen so entsorgt werden, dass keine Weiterverbreitung erfolgt.

Art. 7 Berechtigung

- ¹ Abfuhr und Sammelstellen stehen ausschliesslich der Gemeindebevölkerung und den in der Gemeinde ansässigen und zur Benützung berechtigten Betrieben zur Verfügung. Der Gemeinderat kann Ausnahmen bewilligen.
- ² Abfälle, die nicht auf dem Gemeindegebiet anfallen, dürfen nicht über diese Entsorgungseinrichtungen entsorgt werden.

Art. 8 Sammelgebinde und Bereitstellung

- ¹ Siedlungsabfälle für Separatabfuhr dürfen nur in zugelassenen Gebinden bereitgestellt werden.
- ² Die zulässigen Gebinde und die Art der Bereitstellung bestimmt der Vorstand des GALL für den Hauskehricht in der Vollzugsverordnung zum Reglement einheitliches verursachergerechtes Gebührensystem, der Gemeinderat für die übrigen separat abzuführenden Abfälle in der Vollzugsverordnung zum Abfallentsorgungsreglement.
- ³ Bei grösseren Wohnbauten und Überbauungen kann der Vorstand des GALL die Bereitstellung des Hauskehrichts in Containern vorschreiben.
- ⁴ Öffentliche Abfallbehältnisse dienen der Aufnahme von Kleinabfällen. Sie dürfen nicht mit Haushaltsabfällen oder sperrigen Gegenständen gefüllt werden.
- ⁵ Der Gemeinderat legt in der Vollzugsverordnung oder im Entsorgungskalender fest, welche Abfälle durch Spezialabfuhr entsorgt oder Sammelstellen (auch Handel möglich) zugeführt werden müssen.

III. Gebühren

Art. 9 Kostendeckung

¹ Zur Finanzierung der Aufgaben im Abfallwesen erheben der GALL und die Gemeinde Gebühren. Diese setzen sich zusammen aus der gewichts- oder volumenabhängigen Gebühr, der Andockgebühr, der verschiedenen Gebühren für Separatabfälle und einer Grundgebühr.

² Insgesamt sind die Gebühren so zu bemessen, dass sie die Kosten der Entsorgung der Siedlungsabfälle, die weiteren Aufwendungen der kommunalen Abfallbewirtschaftung decken und eine angemessene Verzinsung und Abschreibung des Anlagekapitals ermöglichen.

Art. 10 Gebührenerhebung

¹ Die volumen- und gewichtsabhängigen Gebühren, die der GALL erhebt, decken die jeweiligen Kosten für Sammeln, Transport und Verbrennung des Hauskehrichts. Die volumenabhängige Gebühr wird mittels Gebührenmarke erhoben.

² Zusätzlich zur gewichtsabhängigen Gebühr wird pro Container-Leerung ebenfalls vom GALL eine Andockgebühr erhoben.

³ Für Gewerbebetriebe, Industrie und Detailhandel gilt in der Regel das Wägesystem. Dafür müssen diese Betriebe, gegebenenfalls auch Haushalte und Dienstleistungsbetriebe, den Kehricht in Containern bereitstellen welche für das Wägesystem ausgerüstet sind.

⁴ Für die Sammlung und Verwertung der folgenden Separatabfälle kann durch den Gemeinderat eine Gebühr nach Aufwand erhoben werden: Altholz, Geräte, Häckseldienst, Kunststoffe, Metalle/Eisen.

⁵ Zusätzlich erhebt der Gemeinderat eine Grundgebühr. Sie deckt die weiteren Aufwendungen, insbesondere die Kosten für Separatsammlungen und Sammelstellen, die Kosten für die Entsorgung illegal abgelagerter Abfälle, für die kein Verursacher oder Verursacherin evaluiert werden kann, für Information und Beratung sowie Personal und Administration. Die Grundgebühr bemisst sich pro Wohneinheit und pro Gewerbe-, Industrie-, Dienstleistungs- oder Landwirtschaftsbetrieb.

Art. 11 Gebührenpflicht

¹ Gebührenpflichtig für die gewichtsabhängige Gebühr und die Andockgebühr sind die zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung rechtmässigen Eigentümerinnen oder Eigentümer des Containers.

² Bei mehr als einem Nutzer des Containers ist die Weiterverrechnung an die Abfallinhaberinnen und -inhaber technisch oder organisatorisch so zu wählen, dass ein Bezug zur tatsächlich produzierten Menge besteht. Die Weiterverrechnung ist Sache der Eigentümerinnen oder Eigentümer des Containers.

³ Von der Gebührenpflicht ausgenommen sind diejenigen Vereine, welche einen ideellen Zweck verfolgen und keinen Abfall verursachen sowie Personen, welche sich dauernd in Heimen aufhalten. Der Gemeinderat kann auf Gesuch hin weitere Ausnahmen von der Gebührenpflicht bewilligen.

⁴ Die Grundgebühr wird pro Kalenderjahr erhoben. Stichtag für die Gebührenpflicht ist der 01. September. Bei unterjähriger Eigentumsübertragung erfolgt keine Reduktion der Grundgebühr. Die Grundgebühr wird den am 01. September eines Jahres im Grundbuch eingetragenen Grundeigentümerinnen und -eigentümer einer Liegenschaft oder Stockwerkeigentümereinheit in Rechnung gestellt. Für eine Weiterverrechnung hat die Vermieterschaft nach Massgabe des Mietvertrages besorgt zu sein.

Art. 12 Gebührenfestlegung

¹ Die Delegierten des GALL legen die Höhe der gewichts- und volumenabhängigen Gebühren sowie der An-dockgebühr fest.

² Der Gemeinderat legt die Höhe der restlichen Gebühren sowie ihre konkrete Ausgestaltung im Anhang der Vollzugsverordnung zum Abfallentsorgungsreglement fest.

³ Er legt die massgebenden Grundlagen und Zahlen für die Gebührenhöhe und Gebührenaussgestaltung offen.

Art. 13 Fälligkeit

¹ Die vom Gemeinderat erhobenen Gebühren sind 30 Tage nach Rechnungsstellung zur Zahlung fällig.

² Auf nicht beglichene Gebühren wird ab Zustellung der Mahnung ein Verzugszins von 5 % verrechnet. Für wiederholte Mahnungen dürfen Mahngebühren bis maximal CHF 40.00 verrechnet werden.

IV. Rechtsmittel

Art. 14 Veranlagungsentscheid

¹ Wird die Gebührenrechnung des Gemeinderates bestritten oder nicht bezahlt, erlässt der Gemeinderat einen Veranlagungsentscheid.

² Gegen Entscheide des Gemeinderates über Gebühren ist innert 20 Tagen die Einsprache an den Gemeinderat und gegen dessen Einsprache-Entscheide innert 30 Tagen die Verwaltungsgerichtsbeschwerde zulässig.

Art. 15 Verwaltungsgerichtsbeschwerde

¹ Gegen alle anderen aufgrund dieses Reglements gefassten Entscheide des Gemeinderates kann innert 30 Tagen seit Zustellung beim Kantonsgericht Verwaltungsgerichtsbeschwerde eingereicht werden.

V. Straf- und Schlussbestimmungen

Art. 16 Strafbestimmungen

¹ Widerhandlungen gegen die Art. 6 Abs. 1, Art. 7, Art. 8 Abs.1 und 4 sowie Art. 4 dieses Reglements werden im Sinne von § 4 des Übertretungsstrafgesetzes vom 14. September 1976 mit Busse bestraft.

² Wer in der Absicht, die Gebührenpflicht gegenüber der Gemeinde oder gegenüber des GALL zu umgehen, seinen Kehrriech nicht in einem zugelassenen Gebinde oder ohne die vorgeschriebene Gebührenmarke entsorgt, wird im Sinne von § 4 des Übertretungsstrafgesetzes vom 14. September 1976 mit Busse bestraft.

Art. 17 Kontrollbefugnisse

¹ Wenn Abfälle unsachgemäss oder widerrechtlich abgelagert oder entsorgt werden oder andere wichtige Gründe vorliegen, können Abfallgebinde zu Kontroll- und Erhebungszwecken durch Beauftragte des Gemeinderates oder des GALL geöffnet und untersucht werden. Die daraus entstehenden Kosten werden dem Verursacher verrechnet.

Art. 18 Inkrafttreten

Das vorliegende Reglement tritt nach der Beschlussfassung durch die Gemeindeversammlung vom 20. November 2025 am 1. Januar 2026 in Kraft und ersetzt das Abfallentsorgungsreglement vom 12. Dezember 2013.

Beschlossen durch die Gemeindeversammlung am 20. November 2025.

Gemeinderat Schlierbach

Die Gemeindepräsidentin:
sig. Marina Graber

Die Gemeindeschreiberin:
sig. Nicole Burtolf